

CDU: Projekte fortsetzen



Tobias Elshoff

Der Haushalt für 2024 setze „konsequent die in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen fort“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Tobias Elshoff. Angefangen beim Auenpark über das Bürgerzentrum, die Gestaltung des Ortskerns, den Ausbau der Offenen Ganztagschule, die Entwicklung neuer Gewerbe- und Wohngebiete bis hin zu Digitalisierung, Klimaschutz und die Unterhaltung von Straßen und Wegen. All das koste aber auch viel Geld, sagte Elshoff. Und: „Die Finanzierung der Kommunen ist nicht auskömmlich, um es vorsichtig auszudrücken. Die kommunale Selbstverwaltung ist weit entfernt von einer aktiven Gestaltung und nur noch eine Mangelverwaltung.“

Mit Blick auf die Kreisumlage sagte Elshoff: „Der Kreis Steinfurt argumentiert, dass die Ausgleichsrücklage für Krisen vorgesehen ist und daher nicht angetastet werden sollte. Doch es scheint, als gäbe es keine größere Krise als die aktuelle.“ Statt die Rücklage zu nutzen, um die Umlage zu senken, argumentiere der Kreis, dass sie nun als Ausgleichsfunktion des Kreises bereitgehalten werden muss.

Grüne: Strukturelle Probleme



Oliver Hesse

Die wichtigen Themen seien im Haushalt „nicht ausreichend berücksichtigt“ und es gebe „ungelöste strukturelle Probleme“, begründete Fraktionssprecher Oliver Hesse die Ablehnung der Grünen. Beim Klimaschutz geschehe von Seiten der Kommune viel zu wenig. Die Umsetzung der Digitalisierung in der Verwaltung sei gefährdet, weil die dafür beschlossene Stelle nur zur Hälfte für das Thema genutzt wird. Und im Bereich Bildung passiere ebenfalls zu wenig, von ausreichender Budgetausstattung könne nicht die Rede sein. Mit Blick auf die Unterhaltung von Gebäuden und Infrastruktur resümierte Hesse: „Die Gemeinde lebt also weiterhin von ihrer Substanz.“

Das Bürgerzentrum mit einer Gesamtinvestition von inzwischen 17,6 Millionen Euro sei ein gutes Beispiel, „wie sich Entscheidungen von heute, in diesem Fall negativ, auf die Zukunft auswirken“, sagte Hesse. Wäre der Bau nur halb so groß und die Bauausführung etwas weniger exklusiv, lägen nicht nur die Investitionen, sondern auch die laufenden Kosten um die Hälfte niedriger.

SPD: Investitionen vertretbar



Hans-Ulrich Rhein

Ambivalent betrachtet die SPD den Haushalt: Sie würden diesen „kritisch“ sehen, sagte Fraktionsvorsitzender Hans-Ulrich Rhein, müssten „aber gleichzeitig auch feststellen, dass keine unnötigen Investitionen geplant sind“. Ausgaben für den Erhalt der Infrastruktur wie beispielsweise bei Schulen und Straßen sowie Investitionen, die für die Zukunft Einsparungen ergeben, seien „gut vertretbar“. Letztlich stimmte die SPD dem Etat mehrheitlich zu.

Erfreulich stelle sich grundsätzlich der Wohnungsbau dar, auch wenn weiter öffentlich geförderte Wohnungen fehlen würden. Schön sei, dass der Auenpark einen weiteren Beitrag zum Hochwasserschutz leiste. Probleme machte Rhein bei den Kitas aus: „Zwei davon sind unter genau genommen unerträglichen Bedingungen untergebracht.“ Neue Potenzialstandorte sollten gesucht werden.

Möglichkeiten aus finanziellen Gründen an Stellen zu sparen, sieht die SPD nicht. Die Schaffung einer neuen Stelle für den Empfangsbereich des Bürgerzentrums lehnt sie aber ab.

UWG: Eine Katastrophe

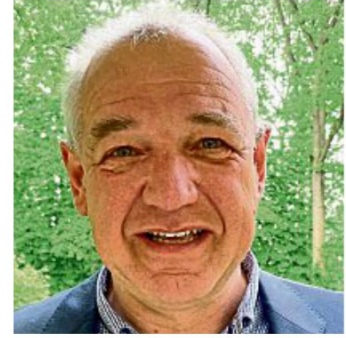


Ludwig Reichert

Die Ablehnung des Etas untermauerte UWG-Fraktionsvorsitzender Ludwig Reichert mit deutlichen Worten: „Aus unserer Sicht stellt der Haushalt schlichtweg eine Katastrophe dar, insbesondere für nachkommende Generationen.“ Ganz Deutschland mache sich Gedanken um die Schuldenbremse, aber in Nordwalde sei der Begriff „Schulden“ schon lange ein Fremdwort. „Und wer keine Schulden benennt, muss sie auch nicht bremsen“, sagte Reichert und verwies auf „die neuen Schulden 2024“, die er auf 8,3 Millionen Euro bezifferte.

Reichert blickte auch über das kommende Jahr hinaus: „Es werden in den nächsten Jahren neue Kredite für unser Bürgerzentrum gebraucht und viele Investitionen, die direkt oder indirekt für das Bürgerzentrum anfallen, müssen bezahlt werden.“ Das gelte auch für andere Projekte, zum Beispiel den Auenpark und die Ortsentwicklung. Die begrenzten finanziellen Mittel würden für „ein überdimensionales Bürgerzentrum“ verschwendet, das Reichert als „zu groß, zu teuer und energetisch eine Katastrophe“ kritisierte.

FDP: Gemeinsam weitermachen



Klaus Grummel

Die FDP steht dem Haushalt nicht gänzlich unkritisch gegenüber, aber: „Auch wenn nicht alles rosig aussieht und teilweise wie bei den 'Ukraine-Kosten' schön gerechnet ist, lassen Sie uns gemeinsam weitermachen und für unseren Ort da sein“, sagte Fraktionsvorsitzender Klaus Grummel. Der Etatentwurf sei „mit Blick auf die Möglichkeiten und absehbaren Rahmenbedingungen“ angemessen aufgestellt worden.

Große Sorgen bereiten der FDP „die stetig ansteigenden Haushalte des Kreises und des Landschaftsverbandes“, die nur eine Richtung kennen, während die Schlüsselzuweisungen für die Gemeinde erfahrungsgemäß sehr schwanken würden. Grummel ging auch auf die geplanten Aufwendungen im Haushalt 2024 und 2025 im Zusammenhang mit der Coronapandemie und dem Ukraine-Krieg ein. Diese würden als außerordentliche Erträge dargestellt, obwohl es Ausgaben sind. „Da hier keine Einnahmen fließen, wird mit diesem, aus unserer Sicht äußerst kritischen, Vorgehen das Jahresergebnis nur 'fiktiv' verbessert.“